



Kurzinformation

Regulatorische Zusammenarbeit im Rahmen von TTIP und die Rolle nationaler Parlamente

Thilo Bodes These (aus seinem Buch „*Die Freihandelslüge: Warum TTIP nur den Konzernen nützt - und uns allen schadet*“, DVA 2015)¹, wonach die „Gesetzgebung als Kernfunktion des Parlaments durch regulatorische Kooperation ausgelagert“ würde, erweist sich im Ergebnis als **sachlich unzutreffend und polemisch**.

Bei der **Regulierungskooperation** geht es um die Zusammenarbeit bei der Ausgestaltung, Überwachung, Durchsetzung oder Umsetzung (nicht Neuschaffung) von Regulierungen. Die Mechanismen der regulatorischen Kooperation greifen grundsätzlich nur dort, wo gemeinsame Interessen zwischen den Vertragspartnern bestehen.

Regulatorische Zusammenarbeit ist an sich nichts wirklich Neues:

Eine solche Form der Kooperation wird zwischen den USA und der EU im Rahmen des *Transatlantischen Wirtschaftsrats* (TEC) **bereits seit 2007 praktiziert**; Ansätze und Erfahrungen mit dieser Kooperation werden jetzt im Rahmen von TTIP aufgegriffen und ausgebaut.

Regulatorische Zusammenarbeit erfolgt durch die **Exekutive**. Im Rahmen der EU bestehen bereits heute **weitgehende Möglichkeiten zur Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen auf die Exekutive (EU-Kommission, vgl. Art. 290 AEUV)**, die auch genutzt werden. Die Kompetenz zur Delegation ist allerdings durch Art. 290 Abs. 2 AEUV rechtlich eingegrenzt und wird richterlich kontrolliert.²

EU verfügt bereits heute über mehrere **Standardisierungs- und Regulierungsagenturen** und -ausschüsse (z.B. *European Committee for Standardization*); die meisten der ins nationale Recht inkorporierten Regulierungen stammen von diesen Ausschüssen. Diese arbeiten auf internationaler Ebene eng mit den entsprechenden ausländischen Regulierungsbehörden zusammen – etwa im Rahmen der *Internationalen Organisation für Normung (International Organization for Standardization, ISO-Standards)*.

Auch eine **frühzeitige Einbeziehung von Interessenvertretern** (Lobbyisten) und **Bürgerbeteiligung** im Rahmen von sog. **Konsultationsverfahren** ist **sowohl im europäischen als auch im deutschen Gesetzgebungsprozess bereits heute vorgesehen** (vgl. Art. 11 EUV); amerikanische Industrievertreter haben auch heute schon Einfluss auf EU-Gesetzgebung.

Den amerikanischen Partnern geht es im Rahmen der TTIP-Verhandlungen vor allem um den letzten Punkt: die sog. *good regulatory practice*, also Transparenz und öffentliche Beteiligung.

Im Rahmen von TTIP geschaffen werden soll ein **institutioneller Rahmen**, in dem sich die **Regierungsbehörden der Vertragspartner austauschen können**. Einen solchen Rahmen bildet der sog. **Regulierungsrat** – ein relativ neues Instrument, das bislang zwischen USA und Kanada bzw. Mexiko existiert, jedoch rechtlich außerhalb des Freihandelsabkommens NAFTA.

Zusammensetzung, Funktion und Kompetenzen des sog. **Regulierungsrats** (*Regulatory Cooperation Council*): Der Ausschuss wird aus **staatlichen Vertretern der Regulierungsinstitutionen** zusammengesetzt; Industrie und Zivilgesellschaft sind nicht formell beteiligt. Das Gremium hat **nur koordinierende Funktion, aber keine Kompetenz, selbst zu regulieren**.

Durch TTIP werden keine Regulierungskompetenzen auf ein Regulierungsgremium wie den Regulierungsrat übertragen. Entscheidungsfindungsprozesse auf nationaler / europäischer Ebene werden sich durch TTIP-Regeln über *regulatory cooperation* **formal nicht ändern**.

Wie läuft der Kooperationsmechanismus in der **Praxis** ab? Der Regulierungsrat wird z.B. einen Vorschlag oder eine Empfehlung zur Angleichung bzw. gegenseitigen Anerkennung einer Vorschrift machen. Dieser Vorschlag muss durch die Gremien der EU **umgesetzt** werden; die EU erlässt dazu im gewöhnlichen Verfahren eine Verordnung oder Richtlinie. Den EU-Gremien bleibt also **weiterhin die Kompetenz für Regelungen zum Schutz legitimer Gemeinwohlinteressen**.

Der **Regulierungsrat** hat einen **gesetzlichen Regulierungsauftrag**, d.h. er ist gesetzlich auf die Verfolgung von Gemeinwohlzielen verpflichtet.

Der Einfluss von Regierungslobbyisten auf den Regulierungsrat geht nach Auffassung der Experten (Prof. *Krajewski*, Uni Nürnberg) nicht weiter als jener Einfluss, den Unternehmen auch heute schon auf die etablierten Regulierungsinstitutionen haben. Es ist aber derzeit noch zu früh, über die praktischen Auswirkungen der Arbeit des Regulierungsrates eine seriöse Aussage zu treffen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass TTIP als völkerrechtlicher Vertrag durch einfaches nationales Gesetz ins deutsche Recht inkorporiert wird – ein **Vorrang** vor deutschen Verfassungs- bzw. europäischem Recht ist damit **nicht verbunden**. Es existiert auch **kein Erfordernis einer „TTIP-Kompatibilität“ von Gesetzen**, welches den Bundestag in seiner Gesetzgebung einschränken würde. Streitfälle im Rahmen von TTIP werden ggf. durch sog. Staat-Investor-Streitbeilegungsverfahren geregelt.

Anhänge (als Pdf beigefügt):

Zur weitergehenden Befassung mit der Thematik

- **Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage** der LINKEN zur regulatorischen Kooperation im TTIP-Abkommen – BT-Drs. 18/4432 vom 25. März 2015
- **„The Transatlantic Trade and Investment Partnership and the Parliamentary Dimension of Regulatory Cooperation”**, hrsg. von der Politischen Abteilung des Europäischen Parlaments, 2014
- Böll-Stiftung TTIP Series: **“Regulatory cooperation under TTIP – a risk for democracy and national regulation?”**, hrsg. von *Christiane Gerstetter*, Sept. 2014.
- EU-Kommission (Hrsg.), Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP): **Detailed Explanation on the EU proposal for a Chapter on Regulatory Cooperation**, Mai 2015
- **Textvorschlag** der EU-Kommission zur regulatorischen Kooperation (Pdf-Datei) (verfügbar unter: <http://www.corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/ttip-eu-regulatory-coherence-draft-proposal-23.01.15.pdf>)



-
- 1 Das Werk ist *zeitlich vor* dem erläuternden Vorschlag der EU-Kommission erschienen – müsste also jetzt auf der Grundlage neuer Fakten umgeschrieben und berichtigt werden.
 - 2 Vgl. etwa EuGH, Urt. v. 5.9.2012, Rat ./ EP – C-355/10.